

GROSSER RAT

GR.20.173

VORSTOSS

Motion Dr. Severin Lüscher, Grüne, Schöftland (Sprecher), Andre Rotzetter, CVP, Buchs, Rahela Syed, SP, Zofingen, Dr. Jürg Knuchel, SP, Aarau, Therese Dietiker, EVP, Aarau, Renata Siegrist-Bachmann, GLP, Zofingen, Hansjörg Wittwer, Grüne, Aarau, Markus Dietschi, Grüne, Widen, Alfred Merz, SP, Menziken, vom 23. Juni 2020 betreffend Sicherstellung der nötigen Ressourcen zur Schuldenprävention und -beratung im Hinblick auf die absehbaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Mittel bereitzustellen und bei Bedarf erforderliche konzeptionelle oder gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, damit eine unnötige Verschuldung von Haushalten und Kleinbetrieben durch eine qualifizierte und unabhängige Prävention und Beratung vermieden bzw. verringert werden kann – denn als Folge der Corona-Krise drohen viele Haushalte und Kleinunternehmen unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten.

Begründung:

Bund und Kanton haben in der Corona-Krise rasch reagiert und eine weitreichende Soforthilfe zur Verfügung gestellt. Dennoch ist leider damit zu rechnen, dass Haushalte und Kleinbetriebe als Langzeitfolge des "Lockdowns" unverschuldet in eine finanzielle Notlage geraten werden. Dies geschieht, wenn anhaltende Einkommensausfälle die Reserven aufzehren oder wenn einzelne Soforthilfen auslaufen bzw. gefährdete Betriebe für die beschlossenen Massnahmen nicht qualifizieren (z. B. Selbstständigerwerbende, die indirekt von den Folgen des Lockdowns betroffen waren). Es drohen Verschuldung und Zahlungsausfälle mit allen negativen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen. Gemäss im Februar 2020 publizierten Zahlen des Bundes leben 42.5 Prozent der Bevölkerung in einem Haushalt mit mindestens einer Art von Schulden (ohne Einbezug von 1. Hypotheken). Viele, die bisher eine unproblematische Verschuldung aufwiesen, werden aufgrund der veränderten Einkommenssituation in die Überschuldung getrieben.

Professionelle Beratung hilft Menschen mit Schuldenproblemen, möglichst schnell wieder auf die Beine zu kommen. Aus diesen Gründen muss jetzt gezielt in Aufklärung und Beratung der gefährdeten bzw. betroffenen Personengruppen investiert werden. Die vorhandenen Ressourcen und Angebote der Schuldenprävention, Budget- und Schuldenberatung sind auf die neue Situation auszurichten und zu verstärken. Denn genau jene Personengruppen, die von dieser Krise am stärksten betroffen sind, waren auch bisher überdurchschnittlich oft Klientinnen der Schuldenberatungen. Die häufigsten Gründe für Überschuldung sind unter anderem Einkommensverminderung bzw. Arbeitslosigkeit sowie gescheiterte Selbstständigkeit. Betroffene müssen früh niederschwellig unterstützt werden können, bevor sie in die Schuldenspirale geraten und weiterer Schaden entsteht. Sozialdienste und Fachstellen benötigen in der sich verschärfenden Situation Sensibilisierung, aktuelles Wissen und Support. Diese Offensive nützt nicht nur den Gefährdeten, den Verschuldeten und deren Gläubigern, sondern kommt auch dem Kanton zugute, sowohl durch Vermeidung von Steuerausfällen und -ausständen als auch durch nicht beanspruchte Unterstützungsleistungen aus dem Sozialbudget.